

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:156765-2023:TEXT:DE:HTML>

Deutschland-Hamburg: Gipskartonarbeiten
2023/S 053-156765

Bekanntmachung eines Qualifizierungssystems – Sektoren

Diese Bekanntmachung ist ein Aufruf zum Wettbewerb

Bauauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft

Postanschrift: Steinstraße 20

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Postleitzahl: 20095

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Fachbereich Baueinkauf

E-Mail: paetric.schwarz@hochbahn.de

Fax: +49 403288-2138

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://hochbahn.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://www.hochbahn.de/ausschreibungen>

I.3) **Kommunikation**

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.6) **Haupttätigkeit(en)**

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

QS System Herstellung Brandschutz-/Trockenbau im Zuge Herstellung strukturierter Verkabelung (LWL, CU, Strom) für Datennetze und Steuertechnik an U- Bahn Haltestellen 1. Verlängerung

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45324000 Gipskartonarbeiten

II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauauftrag

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45111100 Abbrucharbeiten

45343100 Brandschutzarbeiten

76340000 Kernbohrungen
45262100 Gerüstarbeiten

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Hauptort der Ausführung:

Hamburg/Hamburger Umland

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Herstellung von strukturierter Verkabelung (LWL, CU, Strom) für Datennetze und die Steuermeldetechnik von elektrischen Komponenten (Kamera, Anzeigen, etc.) des Haltestellenverkehrsbetriebs der Linie U1 bis U4 , in Verbindung mit den dafür erforderlichen Veränderungen des Baubestands unter Beachtung des Brandschutzes F30/F90:

Die Hamburger Hochbahn AG beabsichtigt auf allen U-Bahn Haltestellen eine dienstneutrale strukturierte Netzwerkverkabelung errichten zu lassen. Diese soll eine einheitliche Anbindung der in der Haltestelle installierten Komponenten (Kameras, Fahrkartautomaten, Zugzielanzeiger etc.) übernehmen und auch deren Stromversorgung sicherstellen. Für zukünftig zu installierende Netzwerkverteiler müssen Energiekabel ausgehend vom Nachrichtentechnikraum verlegt werden. Zusätzlich sind diverse Haltestellen mit einer sternförmigen Verkabelung mit Fernmeldekabeln für die Steuermeldetechnik (SMT), ausgehend vom Nachrichtentechnikraum, auszustatten. Durchbrüche und Kernbohrungen durch Wände und Decken müssen teilweise neu hergestellt werden und Abhangdecken (Gipskarton oder Rabitz) stellenweise geöffnet und wieder verschlossen werden. Für spätere Verteilerstandorte müssen kleine Räume mit F90-/T30-Anforderung (Trocken- oder Massivbau) hergestellt werden.

Die Arbeiten erfolgen bei laufendem U-Bahnbetrieb. Bestimmte Arbeiten können nur in der Nacht von ca. 22:00 – 06:00 Uhr und teilweise nur in der Betriebspause von ca. 00:30 – 04:30 Uhr durchgeführt werden.

Die Haltestellen haben unterschiedliche Größenordnungen. Diese sind als jeweiliges Muster LV dargestellt.

Dieses Verkabelungsprojekt bezieht sich auf ca. 95 U-Bahnhaltestellen und ist auf ca. vier Jahre ausgelegt. Die Vergabe erfolgt später in Losen. Es ist beabsichtigt, dass ein Bieter/ARGE eine parallele Abarbeitung von 5-6 Haltestellen unter Berücksichtigung der gesamten Projektlaufzeit gleichzeitig zu leisten hat.

Haltestellen Linien:

- 41x kleine Haltestellen
- 45x mittlere Haltestellen
- 9x große Haltestellen

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.8) Dauer der Gültigkeit des Qualifizierungssystems

Unbestimmte Dauer

Das Qualifizierungssystem wird verlängert

Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Hier handelt es sich um die 1. Wiederbekanntmachung des ursprünglichen Prüfsystems 2021 S 077-198524 Bereits qualifizierte Unternehmen müssen sich nicht erneut bewerben und haben lediglich ihre Nachweise zu aktualisieren. Neue Bewerber müssen die geforderten Nachweise und Erklärungen (siehe auch III.1.9.) in der beschrieben Art und Weise in Papierform vorlegen.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.9) Qualifizierung für das System

Anforderungen, die die Wirtschaftsteilnehmer im Hinblick auf ihre Qualifikation erfüllen müssen:

1. Nachweis über die Eintragung in das Handelsregister
2. Auszug aus dem Gewerbezentralregister (nicht älter als 18 Monate) Ausschlusskriterium
3. Nachweis über die Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (Ausschlusskriterium);
4. Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von 2 000 000 EUR je Schadensfall (Ausschlusskriterium).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

5. Eigenerklärung, das gegen das Unternehmen kein Verfahren gemäß § 124 GWB (Insolvenzverfahren, Liquidation) beantragt, eröffnet oder eingeleitet worden ist (Ausschlusskriterium);
6. Eigenerklärung, dass keine geschäftsführende Person des Unternehmens im Sinne des i § 123 GWB wegen Verstoßes gegen die in § 123 Abs. (1) genannten Vorschriften rechtskräftig verurteilt worden ist (Ausschlusskriterium)
7. Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle deutsch sprechendes Schlüsselpersonal (Projektleiter, Bauleiter und Poliere) eingesetzt wird (Ausschlusskriterium)

Methoden, mit denen die Erfüllung der einzelnen Anforderungen überprüft wird:

1. Schriftlicher Nachweis (Auszug);
2. Schriftlicher Nachweis (Auszug);
3. Schriftlicher Nachweis;
4. Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice;
5. Schriftliche Eigenerklärung;
6. Schriftliche Eigenerklärung;
7. Schriftliche Eigenerklärung;

Anforderungen, die die Wirtschaftsteilnehmer im Hinblick auf ihre Qualifikation erfüllen müssen:

1. Angaben zum jährlichen Umsatzvolumen in Euro für Trockenbau-; Brandschutzmaßnahmen, für Bauen im Bestand mit Auftragswert von mind. 300.000 EUR p.a. für die letzten 3 Jahre, mit Angabe der Baumaßnahme, Benennung Auftraggeber, Auftragsvolumen.
2. Eigenerklärung über die Anzahl der Mitarbeiter mit entsprechender Qualifikation, mindestens 6 Trockenbauer
3. Referenzen der letzten 2 Jahren für Trockenbau /Brandschutz (jeweils mit Brandschutzanforderungen) mit Mindestauftragswert

von 35.000 Euro je Auftrag Netto, aus dem industriellen Gewerbebau oder im öffentlichen Raum, für Bauen im Bestand, mit Benennung Auftraggeber, Telefonnummer und Ansprechpartner.

Methoden, mit denen die Erfüllung der einzelnen Anforderungen überprüft wird:

1. Tabellarische Aufstellung
2. Schriftliche Eigenerklärung
3. Schriftlicher Nachweis mit Angabe der Ansprechpartner auf der Auftraggeberseite

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABI.: [2021/S 077-198524](#)

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Auflistung und kurze Beschreibung der Regeln und Kriterien:

Im Verhandlungsverfahren werden nur Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert, die im Teilnahmewettbewerb ihre Eignung nachgewiesen haben. Das Verfahren ist auf unbestimmte Dauer (s. Punkt II 2.8) festgelegt.

Alle geforderten Angaben und Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag vollständig an die unter I.1. genannten Kontaktstellen zu richten.

Ein Verweis z. B. auf frühere Bewerbungen ist nicht ausreichend.

Die Angaben und Nachweise entsprechend den Punkt III.1.9) nach o.g. Reihenfolge kurz und prägnant zusammenzufassen. Nur diese Informationen werden bei der Bieterauswahl berücksichtigt.

Die Angaben und Nachweise entsprechend den Punkten III.1.9) sind auch für alle Beteiligten einer Bewerber-/Bietergemeinschaft fachlich bezogen auf den jeweiligen zu erbringenden Leistungsteil einzureichen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen – Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen – Beschaffungsstelle

Postanschrift: Neuenfelder Strasse 19

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

Telefon: +49 4042840-3230

Fax: +49 4042840-0499

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Europäische Kommission, Generaldirektion Wettbewerb

Postanschrift: Place Madou/Madouplein 1

Ort: Brüssel

Postleitzahl: 1210

Land: Belgien

Telefon: +32 2991111

Fax: +32 2950138

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit:

1. der Antragssteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt, und gegenüber dem Auftraggeber nicht gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der (in der Bekanntmachung benannten) Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.
4. Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen – Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen – Beschaffungsstelle

Postanschrift: Neuenfelder Strasse 19

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

Telefon: +49 4042840-3230

Fax: +49 4042840-0499

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10/03/2023